



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Richard Graupner AfD**
vom 24.04.2019

„Man kann keine konservative Politik machen, wenn man sich nicht klar von rechtsaußen abgrenzt“ ... Ist aber konservative Politik ohne gleichzeitige Abgrenzung von linksaußen denkbar?

Als sich Vertreter der AfD am 01.09.2018 in Chemnitz zu einer Trauerveranstaltung für einen durch zwei Asylbewerber getöteten jungen Mann einfanden, an deren Rand auch einige dem rechtsextremen Spektrum zuzurechnende Personen mitliefen, war die Empörung beim politischen Gegner und in den Medien groß.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder etwa ließ in diesem Zusammenhang vernehmen: „Man kann nur dann konservative Politik machen, wenn man sich klar nach rechtsaußen abgrenzt.“ (s. etwa <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/soeder-afd-hart-vorgehen-csu>)

Die damalige Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie Ilse Aigner vertrat die Auffassung, Vorkommnisse wie in Chemnitz zeigten, „was hinter der Fassade dieser Partei [der AfD, d. Verf.] passiert“ (vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/csu-ilse-aigner-haelt-afd-fuer-brandgefaehrlich/23067368.html>).

Im Bündnis „Schweinfurt ist bunt“ sind neben dem CSU-Kreisverband auch die vom bayerischen Verfassungsschutz beobachteten linksextremistischen Organisationen Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) vertreten.

Auch anderweitig kam es schon mehrfach, zumeist infolge eines vermeintlichen „Kampfes gegen rechts“, zur Teilnahme von CSU-Funktionsträgern an Veranstaltungen, an denen auch Vertreter des linksextremistischen Spektrums beteiligt waren. Prominent ist das Beispiel des Augsburger Oberbürgermeisters Dr. Kurt Gribl, der u. a. zusammen mit Akteuren der Antifa oder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) an einer Demonstration gegen den Bundesparteitag der AfD in Augsburg am 30.06.2018 teilnahm (und im Zuge seines Redeauftritts von seinen Mitdemonstranten mit Tomatenwürfen bedacht wurde).

Ich frage die Staatsregierung:

1. Teilt die Staatsregierung die oben zitierte Auffassung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder?
- 2.1 Wenn 1. mit Ja beantwortet wird: Ist die Staatsregierung der Meinung, dass man hingegen konservative Politik betreiben kann, ohne sich „klar von linksaußen“ abzugrenzen?
- 2.2 Wenn 1. mit Nein beantwortet wird, wie begründet die Staatsregierung dies?
- 3.1 Falls 2.1 mit Ja beantwortet wird, wie begründet die Staatsregierung diesen Standpunkt?
- 3.2 Falls 2.1 mit Nein beantwortet wird, können nach Ansicht der Staatsregierung Akteure wie der CSU-Kreisverband Schweinfurt oder der Augsburger Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl Repräsentanten glaubhafter konservativer Politik sein?
- 4.1 Falls 3.2 mit Ja beantwortet wird, wie begründet die Staatsregierung dies?
- 4.2 Falls 3.2 mit Nein beantwortet wird, welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus dieser Erkenntnis?

- 5.1 Ist die Staatsregierung im Sinne des Zitates der damaligen Staatsministerin Ilse Aigner der Auffassung, dass das gemeinsame Auftreten mit Linksextremisten Rückschlüsse darüber erlaubt, was „hinter der Fassade“ des CSU-Kreisverbandes Schweinfurt oder des Augsburger Oberbürgermeisters Dr. Kurt Gribl passiert?
- 5.2 Falls 5.1 mit Ja beantwortet wird, was kommt nach Ansicht der Staatsregierung hinter diesen Fassaden zum Vorschein?

Antwort

der Staatskanzlei
vom 28.05.2019

Die Staatsregierung ist den Werten und Normen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichtet und richtet ihre Politik danach aus. Grundlage dafür sind das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Freistaates Bayern. Die Staatsregierung lehnt jede Form des Extremismus strikt ab.